

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur:

399

Karl Henay

Wien, Freitag, den 18. November 1927.

Verhandlungen mit den Arbeitern der Städtischen Elektrizitätswerke.

Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke verhandeln durch längere Zeit mit der Gemeindeverwaltung und mit der Direktion der städt. Elektrizitätswerke über den Abschluss eines neuen Kollektivvertrages, wie einer ähnlich schon im Juli mit den Arbeitern der städtischen Gaswerke abgeschlossen und vom Gemeinderate bereits genehmigt wurde. Der Vertrag für das Gaswerk hat eine neue Arbeitseinteilung getroffen, er hat die überlange Arbeitszeit der Arbeiter im kontinuierlichen Betrieb auf 48 Stunden eingeschränkt und so die Möglichkeit der Einstellung von Arbeitslosen im Betriebe geschaffen. Bei den Verhandlungen mit den Arbeitern der städt. Elektrizitätswerke ergaben sich einzelne Streitpunkte, die noch bereinigt werden müssen. Die Verhandlungen wurden heute im Rathause unter dem Vorsitze des städtischen Personalreferenten Stadtrat Speiser, mit den Gewerkschaftsvertretern Domas und Kogler, der Direktion der städt. Elektrizitätswerke und den Betriebsräten der Arbeiter der städt. Elektrizitätswerke weiter geführt. Sie verlaufen nicht ungünstig und werden morgen, Samstag, vormittag weiter geführt. Damit entfallen die Nachrichten über eine bevorstehende passive Resistenz im städtischen Elektrizitätswerk.

.....

Wien, Freitag, den 18. November 1927.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. November 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung.

Der Gemeinderat tritt sofort in die Verhandlungen über die Tagesordnung ein und Gemeinderat Schafranek ersucht, dem österreichischen Bund enthaltsamer Ersieher eine Subvention von fünfhundert Schilling zu bewilligen.

GR. Höppeler (E.L.) kritisiert die Dürftigkeit des Referates. Der Antragsteller hat dem Gemeinderat nicht bekanntgegeben, ob der österreichische Bund enthaltsamer Ersieher oder dessen Landesgruppe Wien subventioniert wird. Der Sitz des Bundes ist in der Wohnung seines Obmannes, woraus man schliessen kann, dass diese Organisation keine besondere Tätigkeit ausüben könne. Der Redner wünscht, dass endlich einmal der Minderheit ein Verzeichnis der Organisationen vorgelegt werde, die bei der Gemeinde um eine Subvention eingekommen sind. Stadtrat Breitner hat gesagt, er sei nicht bemüsst, eine solche Liste vorzulegen, bevor nicht der Bund bekanntgibt, welche Vereine von ihm subventioniert werden. Ich bin vom Herrn Finanzminister und vom Herrn Unterrichtsminister, sagt der Redner, ermächtigt, hier festzustellen, dass von Seiten des Bundes und der Ministerien keine Vereine eine Subvention erhalten. Auch sind weder im Budget des Finanzministeriums noch in dem Budgets der anderen Ministerien solche Posten vorgesehen. Ich erwarte nun, eine bestimmte Erklärung des Stadtrates Breitner. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt GR. Schafranek, dass die Landesgruppe Wien um die Subvention angesucht hat. Bezüglich der Feststellungen des GR. Höppelers sagt der Referent, dass der Bund tatsächlich Subventionen vergebte. So hat im Jahre 1925 die Wiener Kunstgesellschaft vom Bund eine Subvention von sechstausend Schilling bekommen. (Beifall).

Der Antrag wird angenommen.

GR. Rzshak (Soz. Dem.) beantragt den Personen, die eine Unfallsentschädigung auf Grund der Unfallfürsorge der Gemeinde Wien und ausser dieser aus Gemeindemitteln kein anderweitiges Einkommen beziehen, alljährlich im Dezember zu ihrer am 1. Dezember fälligen Unfallsentschädigung einen gleichen Betrag als einmalige Aushilfe zu gewähren. Diese Aushilfe ist an in Oesterreich wohnhafte Personen von antewegen, an ausserhalb Oesterreichs wohnhafte Personen über Ansuchen anzuweisen. Der Gemeinderat hat schon am 15. Dezember 1926 einen diesbezüglichen Beschluss gefasst. Durch den heutigen Beschluss dieses Antrages soll diese Aushilfsgewährung zu einer dauernden Einrichtung gemacht werden.

GR. Haider (E.L.) erklärt, dass die Minderheit schon wiederholt ausgesprochen hat, wie rückschrittlich die Gemeindeverwaltung gegenüber Rentenempfängern ist. Mit dem heutigen Beschluss wollen Sie verhindern, dass die Minorität jedes Jahr Stellung nimmt. Die Behandlung der Rentenempfänger durch die Gemeinde Wien ist eine Kulturschande, wie sie in der ganzen Welt nicht vorkommt. Wenn ein Rentenbezieher auch eine Pension hat, so wird ihm die Pension um den Betrag der Rente rücksichtslos gekürzt. Wenn z.B. ein Strassenbahner eine Pension von 150 Schilling hat und im Rechte steht, eine Unfallsrente von 150 Schilling zu beziehen, zahlt ihm die Gemeinde Wien nur die 150 Schilling Unfallsrente und nicht auch die Pension. Das ist ein Verbrechen an der Kultur, aber auch ein Verbrechen an den gesetzlichen Bestimmungen. Es ist höchste Zeit, dieses Unrecht aus der Welt zu schaffen. (Beifall bei der Minderheit).

Der Referent erklärt in seinem Schlusswort, dass die Gemeinde Wien die Rentenempfänger genau nach dem Gesetze behandelt. Der § 4 des Unfallversicherungsgesetzes enthält die Bestimmung, die GR. Haider als Kulturschande bezeichnet. GR. Haider möge daher bei seinen Parteikollegen Dr. Kesch intervenieren, damit der § 4 aus dem Gesetz eliminiert werde.

Der Antrag wird sodann angenommen.

StR. Dr. Tandler ersucht um nachträgliche Genehmigung eines Kredites von 18.000 Schilling für die Beerdigung der Opfer des 15. und 16. Juli

GR. Haider (E.L.) erklärt, dass gegen einen solchen Beschluss keine besondere Einwendung zu erheben ist. Wenn man dem Ursachmoment der Juliereignisse nachgeht, so muss man sagen, dass es auf das Konto der sozialdemokratischen Partei zu buchen ist. Wenn man eines objektiven Urteils fähig ist, muss man zugeben, dass die sozialdemokratische Partei dafür zuständig ist, die Kosten für die Beerdigung zu tragen. Die Juliereignisse sind doch nur auf Grund des systematischen und dauernden Verhetzung der Bevölkerung durch die sozialdemokratische Partei entstanden. Ich will damit nicht sagen, dass die Gemeinde von diesem Beschluss Abstand nehmen soll, aber es war notwendig, auf das Ursachmoment des ungeheuerlichen Unglückes hinzuweisen. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag haben wir gehört, dass Sie den Frieden haben wollen. Das predigen Sie aber nur. In Wirklichkeit setzen Sie Ihre Verhetzungen Tag für Tag fort. Sogar den Friedhof missbrauchen Sie, um Ihre wüste Hetze fortzusetzen. Auf den Grabtafeln auf dem Zentralfriedhof steht: Ermordet am 15. und 16. Juli. (GR. Reismann (Soz. Dem.): Sehr richtig! - GR. Preyer (E.L.) zu den Sozialdemokraten: Ihr habt das auf dem Gewissen! - Zahlreiche Rufe bei den Sozialdemokraten: Jawohl, ermordet!) Wenn Sie von Mord reden, so hat diesen Mord niemand anderer auf dem Gewissen, als die sozialdemokratische Partei. (Beifall bei der Minderheit. In Saal entsteht Unruhe. - GR. Beisser (Soz. Dem.): Der Mord ist die Aufhetzung, nicht die Aufschrift!) Ich sage nicht ermordet, sondern sage, dass diese Menschen ihr Leben lassen mussten. Was würden Sie aber sagen, wenn die Grabaufschriften der gefallenen Wachleute lauten würden: Ermordet von sozialdemokratischen Arbeitern? (GR. Beisser (Soz. Dem.): Sie wurden von eigenen Kollegen angeschossen! Wenn Ihre Partei wirklich den ehrlichen Willen hat, dass sich solche Vorkommnisse nicht mehr wiederholen sollen, liegt es in Ihrer Hand. Beseitigen Sie diese Anschriften! (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt StR. Tandler, dass er die Rede des GR. Haiders nicht als Frieden erhaltend bezeichnen kann. Es wurde wieder einmal die Schulfrage aufgeworfen, aber die Aufschriften auf den Gräbern habe ich nicht gesehen. Der Referent, dazu Stellung zu nehmen. Ich muss der Meinung entgegengetreten, dass die Gemeinde auf die Wahl der Aufschriften irgendeinen Einfluss genommen hat; das muss selbstverständlich den Verwandten überlassen werden. Die Friedhofsverwaltung kann solche Aufschriften nur bis zu einem gewissen Grad zensurieren. Im übrigen werde ich mir diese Aufschriften ansehen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

StR. Tandler referiert über den Antrag betreffs Gewährung von Zuschusskrediten in der Höhe von Schilling 32.530, Schilling 14.220, Schilling 3750 und Schilling 14.916<sup>50</sup> zur Deckung der sich durch Erweiterung der Kindergärten XVI., Arnetzgasse 30, XIII., Linzerstrasse 417 und II., Schönungasse 2 sowie Verlegung des Kindergartens XIV., Lehnnergasse 4 nach XIV., Dadlberggasse 16a ergebenden Mehrerfordernisse.

GR. Höppeler (E.L.) erinnert an die schon in einer früheren Gemeinderatsrede gerügten Uebelstände im städtischen Kindergartenwesen. Es gibt in Wien Kindergärten, wo nur ein einziger Raum zur Verfügung steht, in dem sich alles abspielt. Zum Beispiel im Lindenhof in Währing und in einem Kindergarten im XX. Bezirk. Die Unterbringung der Kindergärten in den Mammutgebäuden der Gemeinde Wien ist wegen der Infektionsgefahr ein schwerer Fehler. Der Redner wendet sich dagegen, dass in die städtische Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen nur sozialdemokratische Parteigliedrige aufgenommen werden, dass den Absolventinnen dieser Anstalt das sechsmonatige Praktikum erlassen werde, während Kandidatinnen aus anderen Kursen nicht angestellt werden. Als Leiterinnen werden hauptsächlich Bewerberinnen die der sozialdemokratischen Partei angehören berücksichtigt, auch wenn sie nur 24 Jahre alt sind und 7 bis 8 Dienstjahre haben, während Kindergärtnerinnen mit einer 15 bis 20jährigen Dienstzeit nicht angestellt werden. Der Redner fragt ferner den Stadtrat Tandler <sup>gegen Kindergärtnerinnen</sup> ob <sup>zwei</sup> die am 15. und 16. Juli unentschuldig dem Dienst ferngeblieben sind, sie Disziplinaruntersuchung eingeleitet wurde. Gegen den Obmann der Gewerkschaft christlicher Lehrer <sup>Weber</sup> sei anders vorgegangen worden. Obzwar dieser gemäss Paragraph 2 der Disziplinarvorschriften gehandelt habe.

Bürgermeister Seitz fordert den Redner auf zur Sache zu sprechen.

GR. Höppeler bemerkt, er ziehe nur eine Parallele wie gegenüber sozialdemokratischen und nichtsozialdemokratischen Lehrern und Lehrerinnen vorgegangen werde. Er kommt sodann abermals auf den Fall Weber zurück und bespricht den § 2 der Disziplinarvorschriften.

Bürgermeister Seitz ruft den Redner das zweitemal zur Sache.

GR. Höppeler bringt den § 2 der Disziplinarvorschriften zur Verlesung.

Bürgermeister Seitz ruft den Redner das drittemal zur Sache.

GR. Höppeler: Ich stelle fest, dass in diesem Hause parteipolitisch vorgegangen wird.

Bürgermeister Seitz entzieht dem Redner das Wort. (Leb- und Protestrufe)   
 haffe Zwischentritte/ bei den Parteien der Einheitsliste. - Gemeinderat Höppeler: Das ist eine Vergewaltigung der Minorität! - Gemeinderat Höppeler: So wird die Freiheit geschändet!

ST.R. Tandler bemerkt, es sei gewiss bedauerlich, dass in manchen Kindergärten nur ein einziger Raum zur Verfügung stehe, leider sei es aber nicht in allen Fällen möglich entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung zu bekommen. Die Infektionsgefahr sei in den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien nicht grösser als anderwärts. Es ist auch nicht richtig, dass irgend jemandem das sechsmonatige Praktikum erlassen wird. Gegen die zwei Lehrerinnen, die am 15. und 16. Juli dem Dienst fern geblieben sind, eine Amtshandlung eingeleitet worden sei, sei ihm nicht bekannt, er würde es aber für unangebracht halten, irgend jemanden, der angesichts der damals herrschenden Stimmung an diesen beiden Tagen seine Arbeitstätte nicht aufgesucht hat, sofort zu disziplinieren. Er habe im Gegenteil den Angestellten der städtischen Anstalten, die sich vollzählig trotz der damals herrschenden Aufregung im Dienste eingefunden haben, so zum Beispiel den Angestellten des Lainzer Spitals und Am Steinhof seinen besonderen Dank ausgesprochen.

Die Zuschusskredite werden genehmigt.

Die Abänderung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes beim alten Döblinger Friedhof wird ~~der~~ Debatte genehmigt.

GR. Hofbauer (soz. dem.) referiert über einen Zuschusskredit von 36.800 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses infolge Einstellung von Saisonarbeitern im städtischen Gartenbetrieb.

GR. Angermayer (E.L.) erklärt, dass die Minderheit gegen die Einstellung von Saisonarbeitern nichts einzuwenden habe, weil dadurch die Arbeitslosigkeit gelindert werde. Aber man müsse sich gegen das nun schon zum System ausgeartete Ansprechen von Zuschusskrediten wenden. Solche Kredite sind nicht notwendig, wenn man sich an den Voranschlag hielte. Im Jahre 1926 war das der Fall, während im Jahre 1927 ganz exorbitante Überschreitungen zu verzeichnen sind. Allein bei den Gehältern und Löhnen betragen diese Mehrausgaben 28,5 Prozent. Es wird dies damit begründet, dass 200 Saisonarbeiter länger beschäftigt werden. Dagegen wird niemand etwas einwenden, aber es soll mit diesen Leuten eine ganz eigene Bewandnis haben. Es sollen dies jene Mitglieder der Gemeindefürsorge sein, die einige Tage nach der Aufnahme wieder abgebaut wurden. Diese Leute haben dann revoltiert und man hat sie als Saisonarbeiter eingestellt. Wenn dies tatsächlich erfolgt ist, dann hat die ganze Sache einen eigenartigen parteipolitischen Beigeschmack. Dies müsste aufgeklärt werden.

GR. Hofbauer erwidert, dass es sich hier um Arbeiter handelt die deswegen nicht abgebaut worden sind, weil sie noch nicht zwanzig Wochen beschäftigt waren und deshalb keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Man wird diese Leute bis Februar beschäftigen, um sie vor der ärgsten Not zu schützen. Es ist aber auch möglich, dass, wenn ein halbwegs günstiger Winter zu verzeichnen ist, die Arbeiten zur Ausgestaltung vieler Gartenanlagen und die Anlage von neuen Gärten zeitlich im Frühjahr einsetzen kann und daher die Leute weiter beschäftigt werden. Die Mittel hierzu sind bereitgestellt worden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Hofbauer berichtet über die Schaffung von neuen Baumpflanzungen und Gartenanlagen, den Einbau von Sitzgelegenheiten und die Wiederinstandsetzung bestehender Gartenanlagen. Die Kosten für diese Arbeiten betragen 588.770 Schilling.

GR. Stöger (E.L.) bemängelt, dass so wenig neue Gartenanlagen geschaffen werden. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse verhindern es, dass die Leute weiter in die Umgebung Wiens wandern können, weshalb die Parkanlagen stärker als früher besucht sind. Es wäre auch zu wünschen, dass mehr als bisher neue Bäume gesetzt werden. Im Jahre 1924 wurden 58.000 Bäume gezählt, seither hat diese Zahl kaum merklich zugenommen. Redner wendet sich gegen eine Mitteilung des Gemeinderates Iser in der vorigen Gemeinderatssitzung, der als Referent erklärt hat, dass die Gemeinde fast jeden Sonntag eine neue Gartenanlage eröffnet. Das sei unrichtig und er müsse feststellen, dass Gemeinderat Iser entweder auf schwere Angriffe schweigt, oder den Gemeinderat bewusst anlügt. (Widerspruch bei der Mehrheit). Schliesslich verlangt Redner, dass die Gemeinde der Teichwirtschaft und Fischzucht in den Gartenanlagen ein grösseres Augenmerk zuwende.

GR. Hofbauer antwortet, dass heuer im Voranschlag sowohl die Zahl der Gartenbänke als auch die Zahl der Bäume stark vermehrt wurde. Es sind heuer bereits 700 Gartenbänke aufgestellt worden. Neue Gartenanlagen werden ununterbrochen errichtet und die bestehenden Anlagen nach Möglichkeit erweitert. Die Fischzucht sei eine sehr riskante Sache, der aber genau so wie früher, reges Interesse entgegengebracht wird.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

GR. Iser (Soz. Dem.) referiert über die Verstärkungsarbeiten an der Rotundenbrücke, die auf Kosten der städtischen Strassenbahnen durchgeführt werden sollen. Die Brücke wurde im Jahre 1872

errichtet und genügt längst nicht mehr den Anforderungen des verstärkten Verkehrs. Wenn die Verstärkung durchgeführt ist, so wird die Brücke ungefähr zehn Jahre allen Anforderungen genügen.

GR. Daffinger (E.L.) führt aus, dass diese Vorlage ein eigenartiges Schicksal aufweist. Sie wurde vor längerer Zeit im Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen behandelt, wo Vizebürgermeister Fawerling die Sache als sehr dringlich bezeichnete, weshalb auch der § 96 zu Hilfe genommen wurde. Dann wurde der Gegenstand auf die Tagesordnung des Gemeinderates gesetzt, wieder abgesetzt und auf unsere Urgenz mitgeteilt, dass bei einer zweiten Untersuchung der Brücke die Vernahme der Verstärkung sich als nicht besonders dringlich ergeben habe. Der Akt kam dann zum zweitenmal in den erwähnten Ausschuss. Da wurde berichtet, dass das Geschäftstück deswegen von der Tagesordnung des Gemeinderates abgesetzt worden ist, weil das Handelsministerium eine größere Verstärkung dieser Brücke verlangt hat. Man hat also ganz widersprechende Mitteilungen gemacht. Die Minderheit muss sich auch dagegen wenden, dass die Kosten der Verstärkung dieser Brücke von der Strassenbahn getragen werden. Das ist eine Aufgabe der Hoheitsverwaltung. Es hat ganz den Anschein, als ob es sich hier nur darum handelt, den Reingewinn der Strassenbahn durch solche willkürliche Belastungen zu verdecken. Dagegen muss sich die Minderheit mit aller Stärke aussprechen. (Beifall).

GR. Scholz (E.L.) kritisiert, dass die ursprünglichen Kosten von 350.000 Schilling für die Verstärkungsarbeiten jetzt um 80.000 Schilling höher veranschlagt sind. Er tadelt weiters, dass die Strassenbahnen die Kosten für die Verstärkungsarbeiten tragen müssen. Vor wenigen Wochen haben Sie <sup>in</sup> diesen Saal vom Defizit der Strassenbahn gejammert und haben unter Hinweis auf das Defizit die Tarifierhöhung beschlossen. Nun muss die Strassenbahn die Brückenarbeit bezahlen. Das ist gewissenlos, es zeigt aber auch, dass Sie die Reingewinne verschleiern.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Iser, dass die Verstärkung der Brücke tatsächlich dringlich ist. Da die Überwachungsbehörde die Anwendung der Bestimmungen für den Umbau von neuen Brücken gefordert hat, sind die Kosten auf 430.000 Schilling gestiegen. Der Brückenumbau dient nur der Strassenbahn, weshalb es recht und billig ist, diese für die Kostentragung heranzuziehen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Schneider (soz. Dem.) berichtet über die Fahrbahnverbreiterung in der Stumpfergasse. Die Kosten betragen 5000 Schilling.

GR. Schiener (E.L.) erklärt, dass mit diesem Beschluss endlich einmal einem einstimmigen Beschlusse der Mariahilfer Bezirksvertretung Rechnung getragen wird. Er wünscht, dass die Arbeiten möglichst rasch durchgeführt werden und dass auch die anderen Strassen in Mariahilf die sich in einem desolaten Zustand befinden, bald instandgesetzt werden.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Schneider, dass die Gemeinde bestrebt ist, die Strassen Wiens in Ordnung zu bringen. Im heurigen Jahr wurden dafür 16 1/2 Millionen Schilling aufgewendet. Leider ist es nicht möglich, alle Strassen gleichzeitig instand zu setzen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GRin. Bock referiert über einen Zuschusskredit von 170.000 Schilling zur Deckung der im Laufe des Verwaltungsjahres noch notwendigen Anschaffung an Lernmitteln für die städtischen Schulen.

GR. Höppeler (E.L.) bemerkt hierzu, es sei nicht richtig, dass alle notwendigen Lernbehelfe den Schülern beigelegt werden. Die Schüler in den Bürgerschulen und Mittelschulen erhalten z.B. weder Ge-

schichts- noch Geometriebücher, in den meisten Klassen auch keine Liederbücher. Die Lehrer müssen sich den Lehrtextselbst schaffen und die Kinder müssen ihn abschreiben. Die beigelegten Lernbehelfe sind in einem desolaten Zustand. Was an Büchern und Lernmitteln noch gut ist, sind Überbleibsel aus der alten Zeit. Die Lernmittel für das Zeichnen und Malen werden drei bis vier Schülern zusammengegeben. Es ist deshalb zu verwundern, dass es der Lehrerschaft, die sich aufs intensivste aufopfert, noch möglich ist, bei diesem Zustand der Lernmittel den Lehrbetrieb ordentlich zu führen. Schliesslich kritisiert der Redner, dass obwohl schon vor zwei Monaten ein Kredit für die Beschaffung von Handtüchern für die Wiener Schulen beschlossen worden sei, diese Handtücher noch immer nicht beschafft wurden. Die Sozialdemokraten erweisen sich in Wahrheit als Schul- und Kulturfeindlich. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GRin. Bock bemerkt, es sei im Augenblick nicht möglich, die Beschwerden des GR. Höppeler zu überprüfen. Das Wirtschaftsamt hat alles daran gesetzt, die <sup>Zustellung der</sup> Schulbehelfe auf das pünktlichste zu besorgen. In ganz kurzer Zeit ist Material, das fünf Eisenbahnwaggons gefüllt hätte, an die Schulen übermittelt worden. Im übrigen ist nicht der Gemeinderat, sondern der Stadtschulrat die zuständige Behörde für solche Beschwerden, wie sie GR. Höppeler vorgebracht hatte. (Lebhafter Beifall bei der Majorität).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Fischer referiert über die Genehmigung eines Sachkredites zur Anschaffung von 43.000 Stück Elektrizitätszählern, Zeitschaltern und Schaltuhren.

GR. Scholz (E.L.) verlangt zunächst genaue Aufklärung darüber, um welches Material es sich im einzelnen handle, und bemerkt, die Gemeinde halte sich an den Grundsatz: Kauft österreichische Waren! nicht. Es sei schon zur Gepflogenheit geworden, derartige Bestellungen im Ausland zu machen. Namentlich gelte das bezüglich der Schaltuhren.

GR. Kunschak (E.L.) richtet an den Vorsitzenden das Ersuchen, den Gemeinderat nicht auseinandergehen zu lassen, ohne ihm Mitteilung darüber zu machen, was an den ganz Wien in Aufregung versetzenden Nachrichten, dass am Montag beim Elektrizitätswerk/passiv die <sup>die</sup> Resistenz einsetzen werde, wahr sei und was vorgekehrt worden sei, um die Bevölkerung vor einer so schweren Störung ihrer Lebensinteressen zu bewahren.

GR. Fischer erwidert auf die Ausstellungen des GR. Scholz, es werde immer darauf Bedacht genommen, die Bestellungen im Inlande zu machen, lediglich diejenigen Apparate oder Apparatebestandteile, die die österreichische Industrie nicht erzeuge, müssen im Auslande bestellt werden.

Stadtrat Speiser bemerkt zu der Anfrage des GR. Kunschak, es sei richtig, dass die Arbeiterschaft des Elektrizitätswerkes eine Resolution gefasst hat, die der Gemeindeverwaltung, allerdings inoffiziell, zur Kenntnis gebracht wurde. Wir führen seit mehreren Monaten ununterbrochen schwere Verhandlungen mit der Arbeiterschaft des Elektrizitätswerkes. Diese Verhandlungen sind auch jetzt nicht unterbrochen worden und ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass die Verhandlungen zu einem solchen Erfolg führen, dass die in der genannten Resolution angekündigten Mittel nicht zur Ausführung gelangen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Schluss der Sitzung halb neun Uhr.